



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Agenda Stadt grün-blau
Fokusthemenworkshop Grün-blau räumlich –
Struktur und neue Raumpotenziale

Ergebnispapier

29.09.2025

Bearbeitet von

Urbanizers, plan zwei

Kurzfassung

Grün-blaue Infrastruktur erfüllt zentrale Funktionen für Klimaanpassung, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit und Gesundheitsvorsorge. Angesichts zunehmender Nutzungskonkurrenzen um begrenzte städtische Flächen gewinnt die Frage nach räumlicher Verteilung, Vernetzung und Erschließung neuer Raumpotenziale an Bedeutung. Der **Fokusthemenworkshop Grün-blau räumlich – Struktur und neue Raumpotenziale** am 29. September 2025 thematisierte, wie und durch welche Maßnahmen der Bund die Kommunen dabei unterstützen kann, Grünräume in der Stadt strategisch zu entwickeln und zu vernetzen.

Mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Planungspraxis, Bundesressorts und einer Kommune wurden entsprechende Maßnahmen diskutiert, die Kommunen bei der systematischen Erschließung ungenutzter oder untergenutzter Flächenpotenziale unterstützen und die qualitative Aufwertung bestehender Räume befördern können. Dabei standen sechs Maßnahmen im Fokus, die mit den Teilnehmenden reflektiert und geschärft wurden.

Der Workshop zeigte auf, dass **Straßenräume als größtes Flächenpotenzial** dienen, um grün-blaue Infrastruktur zu stärken. Die Teilnehmenden betonten, dass Flächengerechtigkeit¹ als Planungsprinzip etabliert werden müsse: Durch die Reorganisation von Straßenräumen im Rahmen der Mobilitätswende könnten Flächen so neu verteilt werden, dass mehr Raum für Grün, Aufenthalt und Klimaanpassung entstehe. Zentral sei dabei, auch den unterirdischen Straßenraum mitzudenken – Leitungen, Baumwurzeln und Speichervolumen für Regenwasser müssten koordiniert werden.

Eine weitere wesentliche Erkenntnis betraf **Bestandsgewerbegebiete**, die vielfach einen hohen Versiegelungsgrad aufwiesen und zugleich oft über große Dachflächen verfügten. Beides biete erhebliches Potenzial für Klimaanpassung und mehr Standortqualität. Die Diskussion machte deutlich, dass neben Finanzierungsinstrumenten vor allem kontinuierliche Ansprache, Begleitung und konkrete Mehrwerte für Unternehmen entscheidend seien. Argumente wie Produktivitätsverlust durch Hitze, Gesundheit und Standortqualität sollten stärker genutzt werden.

¹ Zur näheren Definition von Flächengerechtigkeit siehe Abschnitt zu „Straßenräume klimaresilient gestalten – Mobilität und Stadtgrün verbinden“ unter „Erkenntnisse zu den Maßnahmen“ auf S. 6.

Die Diskussion machte deutlich, dass die erfolgreiche räumliche Entwicklung grün-blauer Infrastruktur **integrierte Planungsprozesse** erfordere, bei denen Grün in jedem Stadtentwicklungsprojekt mitgedacht werde. Zudem sollte Grün dort prioritär entwickelt werden, wo der Bedarf am größten sei: in sozial benachteiligten Quartieren mit hoher Bebauungsdichte, wenig Grün und vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Die Erschließung von Raumpotenzialen erfordere nicht nur planerische und rechtliche Instrumente, sondern auch **neue Kooperationsformen**, veränderte Planungsprozesse und ein verändertes Mindset in Verwaltung und Politik.

Einführung

Während des Fokusthemenworkshops am 29. September 2025 stellte Dr. Eva Schantl-Wurz vom Magistratischen Bezirksamt 1. und 8. Bezirk von Wien das Prinzip der Schanigärten in Wien vor. Ihre Ausführungen werden nachfolgend kurz vorgestellt. Im Anschluss werden die zentralen Erkenntnisse der Veranstaltung sowie die Erkenntnisse zu den einzelnen Maßnahmen des Fokusthemas präsentiert.

Schanigärten in Wien

Die 4.733 Schanigärten wurden als Beispiel für die temporäre Umnutzung von Verkehrsflächen vorgestellt. In Wien sind Gastgärten vor Gastronomiebetrieben – auch in Parkbuchten – durch das Gebrauchsabgabegesetz geregelt und werden innerhalb weniger Wochen genehmigt. Die Regelung stellt Gastgärten gleichberechtigt neben Parkplätze und ermöglicht flexible, niedrigschwellige Nutzungen des öffentlichen Raums. Allerdings darf die Verkehrsfläche nicht dauerhaft beschädigt oder entsiegelt werden; Begrünung erfolgt über mobile Pflanzgefäße.

Zentrale Erkenntnisse

In einer digitalen Umfrage bewerteten die Teilnehmenden die Maßnahmen. Dabei wurde folgende Priorisierung deutlich (siehe Anhang Abb. 1):

1. Straßenräume klimaresilient gestalten – Mobilität und Stadtgrün verbinden (Flächenpotenziale systematisch erschließen A)
2. Gebäudegrün und Entsiegelungen in Bestandsgewerbegebieten fördern (Flächenpotenziale systematisch erschließen B)
3. Private Grünflächen als Bausteine der grün-blauen Infrastruktur erschließen

Übergreifende Erkenntnisse

In der Diskussion wurden übergreifende Themen identifiziert, die für die Erschließung räumlicher Potenziale zentral sind:

- **Integrierte Planungs- und Umsetzungsprozesse**

Grün müsse in jedem Stadtentwicklungsprojekt mitgedacht werden – nicht nur in Grünraumstrategien, sondern auch bei Straßensanierungen, Glasfaserausbau, Fernwärmeausbau oder Gebäudesanierungen. Derzeit würden häufig Chancen vertan, weil Grünplanung zu spät eingebunden würde oder Mittel fehlten, um kurzfristig auf Umbaumaßnahmen zu reagieren. Eine frühzeitige Integration von Grün in alle Planungsprozesse und eine bessere ressortübergreifende Koordination seien essenziell.

- **Zuständigkeiten und Verwaltungsstrukturen überdenken**

Die sektorale Organisation von Verwaltungen erschwere integrierte Lösungen. Grünflächenämter, Tiefbauämter, Schulverwaltungen und Gesundheitsämter arbeiteten oft parallel und nicht zusammen. Es brauche neue Kooperationsmodelle und eine Vorabstimmung als „Phase null“, um frühzeitig zu erkennen, welche Akteure einzubinden seien.

- **Chancengerechte Verteilung von Grün**

Grün sollte dort prioritär entwickelt werden, wo der Bedarf am höchsten und die Wirkung am größten sei: in sozial benachteiligten Quartieren mit hoher Bebauungsdichte, wenig Grün und vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Dort sei der Mehrwert durch Grün für Gesundheit, Klimaanpassung und Lebensqualität besonders hoch. Bereits bestehende Initiativen zur Freiraumentwicklung in den Quartieren gelte es zu unterstützen und darüber hinaus Partizipation anzuregen.

- **Mindset-Wandel und politische Rahmensetzung**

Ein Mindset-Wandel sei erforderlich: Grün müsse als notwendige Infrastruktur für Klimaanpassung, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit verstanden werden. Politische Rahmensetzungen sollten klare Prioritäten setzen und Grün als Querschnittsthema verankern. Kommunalverwaltungen benötigten Argumentationshilfen und klare Rahmenbedingungen des Bundes und der Länder, um eigenständig und flexibel zu handeln.

- **Vollzugsdefizite adressieren**

Viele Planungen enthielten bereits Grünvorgaben (z. B. Begrünung von Parkplatzflächen in Bebauungsplänen), die jedoch nicht angewendet oder deren Einhaltung nach Umsetzung kontrolliert werde. Es brauche klarere Zuständigkeiten für Kontrolle und Durchsetzung – möglicherweise auch durch andere städtische Akteure wie das Ordnungsamt. Dies gilt aber auch für Gewerbeflächen und deren Grünentwicklung, wengleich dort die Entscheidungskompetenz oft bei den privaten Eigentümern liegt, die teilweise gar nicht im Gebiet ansässig sind.

- **Digitalisierung nutzen**

Digitale Tools wie digitale Zwillinge, Kataster oder Datenbanken zum unterirdischen Leitungsnetz könnten Planungsprozesse beschleunigen, Hemmschwellen abbauen und Argumente für Grünmaßnahmen liefern. Sie sollten stärker genutzt und ausgebaut werden.

Erkenntnisse zu den Maßnahmen

Die folgenden sechs Maßnahmen wurden im Workshop vertieft diskutiert und hinsichtlich Herausforderungen, Hebelwirkung und Umsetzungsbedingungen erörtert. Die Inhalte der Maßnahmen werden hier nur kurz in Form der Zielstellung dargestellt, die ausführliche Darstellung ist dem Vorbereitungspapier zu entnehmen.

Gelingensbedingungen für Grünvernetzung klären und verbreiten

Ziel

Grünflächen wirken effizienter, wenn sie miteinander vernetzt sind – das gilt für Klimaanpassung, Gesundheit und auch Biodiversität. Die Maßnahme zielt darauf ab, Kommunen durch einen Modulbaukasten, einen bundeseinheitlichen Indikator und gegebenenfalls ein Vorkaufsrecht dabei zu unterstützen, grüne Infrastruktur stärker zu vernetzen.

Diskussionsergebnisse

- **Vernetzung** müsse funktionspezifisch gedacht werden: Für Klimaanpassung (Kaltluftschneisen, Verdunstungsflächen) würden andere Anforderungen gelten als für Biodiversität (Trittsteine, Korridore) oder Erholung (durchgängige Wegeverbindungen).
- Ein bundeseinheitlicher **Indikator** zur Messung von Grünvernetzung könnte helfen, Fortschritte zu dokumentieren und Zielwerte zu definieren.
- Ein **Vorkaufsrecht** für Kommunen zur Sicherung strategisch wichtiger Flächen für Grünvernetzung wurde kontrovers diskutiert, sollte aber geprüft werden.
- Die Maßnahme überschneidet sich mit Fragen der Grünversorgung und **Orientierungswerten**, die in anderen Fokusthemen adressiert werden.

Private Grünflächen als Bausteine der grün-blauen Infrastruktur erschließen

Ziel

Der größte Teil des Grüns in der Stadt befindet sich in privatem Eigentum – von Vorgärten über Hinterhöfe bis zu Flächen institutioneller Eigentümerinnen und Eigentümer (Wohnungsunternehmen, Kirchen). Diese Flächen sollen strategisch in die grün-blaue Infrastruktur eingebunden werden.

Diskussionsergebnisse

- Zunächst müssten Kommunen in die Lage versetzt werden, eine **Bestandsaufnahme** privater Flächen durchzuführen, um Potenziale sichtbar zu machen.
- Rechtliche und **planerische Instrumente** (Bauleitplanung, Freiflächensatzungen) sollten geprüft und gestärkt werden.
- **Bewusstseinsbildung** durch Leitfäden, Beratungsangebote und gute Beispiele sei zentral.
- **Gründefizite im Gewerbebereich** seien aufzuzeigen; auch Gewerbeflächen sind meist private Flächen – vertragliche Verpflichtungen könnten dem entgegenwirken.
- **Finanzielle Anreize** (Förderprogramme, Ausgleichszahlungen, steuerliche Vergünstigungen) könnten Anreize schaffen, reichten allein jedoch nicht aus.

- Kooperationen zwischen Kommunen und **privaten Eigentümerinnen und Eigentümern** (z. B. Öffnung kirchlicher Friedhöfe) sollten gezielt gefördert werden.
- Die Pflege privater Grünflächen müsse nicht zwingend durch das Grünflächenamt erfolgen; **Eigenverantwortung** und Delegation gehörten zur Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Grün dazu.

Straßenräume klimaresilient gestalten – Mobilität und Stadtgrün verbinden

Ziel

Straßenräume als Flächenpotenzial nutzen: Durch die Reorganisation von Straßenräumen im Rahmen der Mobilitätswende können Flächen so neu verteilt werden, dass mehr Raum für Grün, Aufenthalt und Klimaanpassung entsteht.

- Starke Zustimmung: Diese Maßnahme wurde in der Priorisierung als wichtigste Maßnahme bewertet.

Diskussionsergebnisse

- Trotz teilweise entgegengesetzter politischer Entwicklungen sollte **Flächengerechtigkeit** als Planungsprinzip etabliert werden: Wie wird der Straßenraum zwischen Pkw-Verkehr und Grün sowie Fuß- und Radverkehr aufgeteilt? Das Prinzip Flächengerechtigkeit verfolgt das Ziel, eine gerechtere Aufteilung zwischen unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu erreichen – eine Reduzierung der für den motorisierten Individualverkehr vorgesehenen Flächen zugunsten des für aktive Modi verfügbaren Raums. Als weitere Kategorie könnte Stadtgrün auch in dieses Prinzip mit einfließen.
- Konkrete **Zielwerte** seien erforderlich (z. B. „20 % der Verkehrsfläche sollte grün sein“).
- Strategien zur **Flächengewinnung**: Geschwindigkeitsbegrenzungen, Stellplatzreduzierung, Multifunktionsstreifen, Entsiegelung von Parkflächen.
- Der **unterirdische Straßenraum** müsse mitgedacht werden: Leitungen, Baumwurzeln, Speichervolumen für Regenwasser. Die bestehenden Abstandsregelungen (2,50 m zwischen Bäumen und Leitungen) wurden als großer Kostentreiber und Hemmnis kritisiert; mehr Pragmatismus sei nötig.
- Die Novelle des **Straßenverkehrsrechts** biete neue Stellschrauben; weitere rechtliche Anpassungen (z. B. Straßenbaulast) sollten geprüft werden.
- **Gute-Beispiele-Sammlungen** und Leitfäden, die multifunktionale, klimaresiliente Straßenräume zeigen, seien wichtig.

Gebäudegrün und Entsiegelungen in Bestandsgewerbegebieten fördern

Ziel

Bestandsgewerbegebiete haben vielfach einen hohen Versiegelungsgrad und verfügen zugleich oft über große Dachflächen. Beides bietet erhebliches Potenzial für Klimaanpassung und mehr Standortqualität.

Diskussionsergebnisse

- **Finanzierung:** Multiakteurlösungen und Städtebauförderung sollten gezielt für Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen in Gewerbegebieten genutzt werden.
- **Wissen und Begleitung:** Kommunen benötigten Unterstützung bei der Ansprache von Unternehmen, durch Leitfäden, Potenzialanalysen und Beteiligungsinstrumente. Zur Grünverbesserung sollten gezielt Unternehmen in Branchen angesprochen werden.
- **Best-Practice-Beispiele:** Erfolgreiche Umsetzungen (z. B. Dach- und Fassadenbegrünung) sollten sichtbar gemacht werden. Auch ein kommunales Netzwerk Gewerbegebiete im Wandel könnte gute Maßnahmen aufzeigen.
- **Gewerbegebietsmanagement:** Ein strukturierter Ablauf wurde vorgeschlagen: Stakeholder-Analyse, Potenzialcheck, Kick-Off mit Leitbildentwicklung, Identifikation von Leuchtturmunternehmen, Netzwerkbildung und Verstärkung durch Kümmerer.
- **Kontroverse:** Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Fokussierung auf Gewerbegebiete als räumliche Einheit sinnvoll sei oder ob eine branchen- bzw. unternehmensbezogene Ansprache zielführender wäre, da die Grundgesamtheit in einem Gewerbegebiet oft zu klein sei (50–200 Unternehmen, davon nur 5 % interessiert).
- **Rechts- und Finanzierungsinstrumente:** Städtebauliche Verträge bei Neuausweisungen seien wirksamer als nachträgliche Überzeugungsarbeit. Bei Bestandsgewerbegebieten sollten Argumente wie Produktivitätsverlust durch Hitze, Gesundheit und Standortqualität stärker genutzt werden.
- **Kommunikation und Mindset:** Unternehmen würden kontinuierliche Ansprache, Begleitung und konkrete Mehrwerte brauchen. Finanzierung allein reiche nicht; entscheidend seien Motivation und interne Entscheidungsstrukturen.

Die Raumreserve Schulhöfe für unterschiedlichste Akteure sowie Nutzerinnen und Nutzer öffnen und gestalten

Ziel

Schulhöfe zeitlich für die Öffentlichkeit öffnen (an 180 Tagen, an denen keine Schule ist) und räumlich durch Entsiegelung und Begrünung aufwerten.

Diskussionsergebnisse

- **Zeitliche Öffnung:** Die zeitliche Mehrfachnutzung erfordere rechtliche und organisatorische Regelungen (Verkehrssicherungspflichten, Versicherungsfragen, Pflegeverantwortung).
- **Räumliche Qualifizierung:** Entsiegelung und Begrünung von Schulhöfen dienen der Klimaanpassung, Biodiversität und Aufenthaltsqualität. Schulhöfe sollten nicht nur als Bewegungs-, sondern auch als Erholungs- und Lernräume gedacht werden (Bildung für nachhaltige Entwicklung).
- **Synergien:** Schulhöfe könnten Zufluchtsorte für Kinder sein, die in ihrem Wohnumfeld keinen Zugang zu qualitativ hochwertigem Grün hätten. Die Öffnung könne soziale Gerechtigkeit fördern.
- **Hemmnisse:** Zuständigkeiten zwischen Bildungsverwaltung, Grünflächenamt und Schulträger seien oft unklar. Sicherheitsaspekte erschwerten die Umsetzung.
- **Übertragbarkeit:** Die Maßnahme sollte auch auf Freiräume anderer öffentlicher, sozialer oder karitativer Träger (Kitas, Pflegeheime, Verwaltungsgebäude) übertragen werden.
- **Schulprogramme:** Grün sollte stärker in Schulprogramme integriert werden, um Sensibilisierung und Pflege zu fördern.

Deutschlandweiten Entsiegelungswettbewerb bewerben und durchführen

Ziel

Nach dem Vorbild des niederländischen Wettbewerbs „Tegelwippen“ einen bundesweiten Entsiegelungswettbewerb etablieren, der private und kommunale Akteure motiviert, Flächen zu entsiegeln und zu begrünen.

Diskussionsergebnisse

- **Niedrigschwelligkeit:** Die Stärke des [niederländischen Wettbewerbs](#) liege in der Einfachheit und dem Fokus aufs Machen. Zu viele Regeln, Kategorien und Bewertungsmaßstäbe würden das Momentum abbremsen.
- **Unterstützung:** Kommunen könnten Unterstützung bieten (z. B. Abholung von Pflastersteinen wie in der Schweiz durch die Plattform [Asphaltknackerinnen](#)).
- **Rechtliche Fragen:** Entsiegelung durch Bürgerinnen und Bürger dürfe nicht kriminalisiert werden; es brauche klare Regelungen, was erlaubt sei (temporäre Begrünung mit mobilen Pflanzgefäßen) und was nicht (dauerhafte Beschädigung der Verkehrsfläche).
- **Verstetigung:** Nach Abschluss der ersten Projektphase von „[abpflastern](#)“ (bis Oktober 2025) solle geprüft werden, ob und wie eine bundesweite Verstetigung mit Unterstützung durch den Bund möglich sei.

- **Nachhaltigkeit:** Sicherstellen, dass entsiegelte Flächen dauerhaft begrünt und klimaangepasst weiterentwickelt würden.
- **Kategorisierung:** Teilnahmeregeln, Flächenkategorien, Kategorisierung nach Kommunengröße, Bewertungsmaßstäbe und ein zentrales Portal sollten entwickelt werden – ohne die Niedrigschwelligkeit nach außen zu reduzieren.

Ausblick

Die Erkenntnisse des Workshops fließen in die Überarbeitung und Ergänzung der Agenda-Maßnahmen ein. 2025 und 2026 begleiten weitere Veranstaltungen den Prozess zur Erstellung und Kommunikation der Agenda Stadt grün-blau. Aktuelle Informationen erhalten Sie auf gruen-in-der-stadt.de.

Impressum

Begleitagentur und Forschungsassistenz zum Forschungsprojekt Agenda Stadt grün-blau im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Team Agenda Stadt grün-blau
Urbanizers/bgmr Landschaftsarchitekten/plan zwei
c/o Urbanizers eG Nordufer 15 13353 Berlin
stadtgruen@urbanizers.de